

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Leitung: Dr. Schmidt  
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Nummer 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 128.

Mittwoch, 6. Juni 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kais. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabebetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Grasverpachtung.

Die **Grasnutzung** an sämtlichen Communicationswegen innerhalb der Flur Zeithain soll nächsten **Sonntag, den 10. Juni, von Nachmittags 2 Uhr** ab im **Zeitschönen Gasthose** daselbst streckenweise an die Weisthieten verpachtet werden.  
Zeithain, am 6. Juni 1894.  
Der **Gemeindevorstand**.  
Penneberg.

**Anzeigen** für das „Riesauer Tageblatt“ erbitten uns spätestens bis **Vormittags 9 Uhr** des jeweiligen Ausgabebetages.

Die **Geschäftsstelle**.

## Die Agrarkonferenz.

\* Am 2. ds. ist die vom preussischen Landwirtschaftsminister v. Heyden nach Berlin einberufene landwirtschaftliche Konferenz nach mehrtägigen Sitzungen vorläufig wieder geschlossen worden. Der Herr Minister sagte in seiner Verabschiedungsrede, wenn die Konferenz auch keine gesetzgeberisch direkt zu verwertende Ergebnisse gezeitigt hätte, so seien doch die zu erörternden Fragen wesentlich geklärt und es wäre Raum für die in Angriff genommene weitere Bearbeitung geschaffen worden. — Es ist sehr wahrscheinlich, daß eine Klärung der Ansichten bei allen Denen stattgefunden hat, die persönlich den Verhandlungen der Konferenz aufmerksam gefolgt sind. Die Berichte, die der „Reichs-Anz.“ darüber veröffentlicht hat, sind indessen wenig geeignet, auch dem Leser ein anschauliches Bild derjenigen Auffassungen zu geben, die in jener Konferenz zum Ausdruck gelangten. Diese Berichte lassen leider nicht erkennen, daß die Arbeiten ein befriedigendes Ergebnis gezeitigt hätten. Man hatte beim Lesen jener Berichte immer den Eindruck, als ob die Theoretiker, die Professoren, stets schnell mit ihrem Urtheil fertig waren, daß sie ihre „Systeme“ über Ackerrecht, Kreditorganisation, Verschuldungsgrenze und dergleichen sie und fertig mitbrachten und vorzutragen, nur daß sie untereinander nicht einig waren: daß Sering sich die Entwicklung der Dinge anders dachte, wie Schmoller, und daß Professor Wagner wiederum einen Standpunkt einnahm, der von dem Sering's etwa ebenso weit entfernt war, wie von dem Schmoller's.

Die praktischen Landwirthe — und das sind doch die meisten der zugezogenen Großgrundbesitzer — zeigten sich dagegen weit zurückhaltender, und die Vertreter aus dem Westen der preussischen Monarchie fanden ihre Interessen in anderer Weise besser gewahrt, als dies bei den Vertretern des landwirtschaftlich ärmeren Ostens der Fall war. Besonders auffällig muß es sein, daß von den Landwirtschaftskammern nur wenig gesprochen wurde, obwohl diese Kammern doch die Grundlage für alle in Aussicht genommenen Organisationen zu gelten haben. Bei der Kredit-Organisation z. B. will man korporative Mitwirkung der Landwirthe. Nun war zwar von Genossenschaften, Landschaften, General-Kommissionen, Rentendanken u. d. Rede. Von den Landwirtschaftskammern dagegen, die doch die rechte Organisation der Landwirthe bilden sollen, sehr wenig. Minister v. Heyden erwähnte sie zwar in einem Resümee am Ende der Verhandlungen über die Schuldenlastung und die Verschuldungsgrenze, aber was er ihnen zugebracht hat, sagte er nicht; er erklärte es nur für falsch, daß die Provinzial-Landtage besonders einberufen werden sollten zur Verathung über die Landwirtschaftskammern; die Vorbereitung dieser Organisation werde so viel Zeit erfordern, daß eine besondere Berufung nicht nöthig sein dürfte. — Mit den Verhandlungen der Konferenz sind übrigens die Verathungen über die ihr vorgelegten Fragen noch keineswegs zu Ende. Erst will man, nach der Erklärung des Ministers, dieselben noch im einzelnen weiter bearbeiten; je nach dem Fortschreiten der Arbeiten sollen auch noch einzelne sachkundige Vertrauensmänner einberufen werden und für ein späteres Stadium ist auch die Wiedereinberufung der Konferenz in Aussicht genommen. Daß ihre Angelegenheiten gründlich berathen werden, sehen also die Landwirthe. Nur müßten nun auch möglichst die Stenogramme der Konferenzreden veröffentlicht werden, damit weitere Kreise in die Lage gesetzt würden, die gemachten Vorschläge einer gründlichen Prüfung zu unterziehen und damit auch die Anschauungen anderer Parteien zur Geltung gebracht werden könnten. Erst dann ist auf eine gründliche Klärung zu hoffen.

Eine der wichtigsten Fragen, war die der Verschuldungsgrenze und des ländlichen Kreditwesens überhaupt. Die Verschuldungsgrenze fand in der Konferenz ihre warmen Fürsprecher ebenso wie ihre heftigsten Gegner. So ist Landwirtschaftsdirektor v. Voer-Wänsler Gegner einer solchen Beschränkung; er möchte den Real- (Hypotheken-)Kredit bei

langen, den persönlichen Kredit bei kurzen Fristen angewendet sehen. Zur Herbeiführung einer Entschuldigung ist nach seiner Ansicht staatliche Beihilfe notwendig, ihre Gewährung aber aussichtslos. Weiter sprach u. A. noch Professor Wagner, der zwar im Ganzen mit Schmoller übereinstimmte, aber eine Ablösung der Hypotheken nach Art der Realitäten-Ablösung, und zwar durch Vermittlung der Rentenbanken, nicht so ganz unbedingt von der Hand weisen wollte. In der letzten Sitzung wurde die Frage der Kredit-Organisation besprochen. Dabei kamen alle denkbaren Vorschläge: Vandeskredit-Anstalt, Genossenschaften, freie und Zwangs-Korporationen und Kredit-Institute, Staatshilfe, Selbsthilfe, Rentenblätter, Lebensversicherungen, Darlehnsklassen u. s. w., so viel Köpfe, so viel Sinne, ganz wie bei allen vorhergehenden Verhandlungen auch. — Für die Regierung wird es nicht leicht sein, alles zu prüfen und das Beste zu behalten.

## Tagesgeschichte.

**Deutsches Reich.** Fürst Bismarck wird sehr bald nach Barzin übersiedeln und dort bis Ende September verbleiben; Prof. Schweninger hat Ruhe und Zurückgezogenheit für den Sommer als Vorbedingung zur gänzlichen Beseitigung der Folgen der vorjährigen Erkrankungen bezeichnet. Der Fürst wird demgemäß in Barzin nur wenige Gäste empfangen. Aus diesem Grunde ist auch der Empfang einer Abordnung von Landwirthen der Provinz Posen dankend abgelehnt. Der Fürst theilt mit, daß er gezwungen sei, die Abordnungen aus Westfalen, Lübeck, Anhalt, Ostfriesland, Westpreußen, Thüringen nicht zu empfangen, weil, wie er schreibt, der von seiner letzten Krankheit herrührende Schwächezustand nicht gehoben sei. Der Fürst spricht schließlich die Hoffnung aus, daß er demnächst mit Gottes Hilfe wieder kräftig genug sein werde, um sich die Begegnung mit gleichgesinnten Landesleuten nach Wunsch zu gestatten. — Von gestern schreibt man allerdings: Fürst Bismarck's Reise nach Barzin ist vorläufig aufgehoben. Der Fürst leidet unter dem Einfluß der kalten, veränderlichen Witterung an seinem alten Uebel, Gesichtsnervalgie. Die vorgestern ergangenen Frühstückseinladungen wurden deshalb abgelehnt. Empfänge größerer Abordnungen können nächste Zeit nicht stattfinden, da Schweninger längerer Stehen dem Fürsten untersagte, um eine Wiederkehr der Venenentzündung zu verhüten. Im Uebrigen ist das Befinden des Fürsten zufriedenstellend; Schlaf und Appetit sind gut und regelmäßig.

Es verdient bemerkt zu werden, daß jetzt die Sozialdemokratie ihre Werbungen mehr und mehr auf die ländliche Bevölkerung auszuweihen beabsichtigt. Bisher sind diese Bestrebungen wenig erfolgreich gewesen, und auch jetzt glauben die Führer noch die äußerste Vorsicht walten lassen zu müssen. „Im Allgemeinen“, schreibt der „Hamb. Korr.“, „soll jetzt die rothe Fahne bei Seite gestellt werden, oder, wie Herr v. Bismarck auf einer Konferenz der oberbayerischen und Tiroler Sozialdemokraten sich ausdrückte, ein „liebvolles Studium der häuslichen Verhältnisse“ sei bei der Landtagitation drin, end notwendig. Man wird dabei mit allen möglichen Dingen kommen, die, wie gesagt, mit dem sozialdemokratischen Programm nicht das Geringste zu thun haben.“ Man wird dem Landarbeiter vorreden, daß einzig und allein die Sozialdemokratie die lange und schwere Arbeitszeit abschaffen könne. Man wird ferner den Reiz der Kleinbauern gegen die Großbauern erregen, der Religionsfrage aber möglichst aus dem Wege gehen. „Werde sie aber trotzdem verührt, so möge man betonen, daß die Sozialdemokraten viel bessere Christenmenschen wären, als diejenigen, die zwar viel von Religiosität redeten, aber in ihrem Handeln gemeine Charaktere wären und sich nur von Selbstsucht und Egoismus leiten ließen.“ An anderer Stelle kommt das Wort noch einmal darauf zurück und zeigt, daß in Wahrheit die Ansichten der Sozialdemokratie in den ländlichen Kreisen Oberbayerns gestiegen sind. Die Schuld daran wird natürlich dem gemeinsamen Popanz der Offizien und Liberalen,

dem Bunde der Landwirthe, beigemessen. Näher würde freilich die Frage liegen, wie es kommt, daß ein so ruhiger Bestandtheil, wie die ländliche Bevölkerung, die bis dahin den zügellosesten Verheerungen der Sozialdemokratie und des Ultramontanismus festen Widerstand geleistet hat, nun plötzlich einer so „wildem Agitation“ zugänglich geworden ist? Aber die Erörterung dieser Frage ist unbedeutend; es ist einfacher, das Konto des Bundes der Landwirthe und — nebenbei natürlich — der Antisemiten damit zu belasten.

Ueber die Frage der Leichenverbrennung werden, wie in der bayerischen Kammer Ministerpräsident Frhr. von Crailsheim erklärte, in Bayern umfassende Erhebungen gepflogen. Bei dem großem Umfang des angeammelten Materials habe bis jetzt eine Entscheidung noch nicht getroffen werden können.

Wie die „Post. Ztg.“ schreibt, werden zum ersten Male diejenigen Mannschaften des Beurlaubtenstandes der Infanterie, die zu den Friedensübungen eigene brauchbare Fußbekleidung mitbringen und tragen, eine Prämie von je 3 M. für die Uebung erhalten. Die Reservisten sollen dadurch angeregt werden, sich selbst brauchbares Schuhzeug zu halten, das der Form und Eigenart ihrer Füße besser entspricht. Man glaubt, auf diesem Wege die Zahl der Fußkranken erheblich vermindern zu können.

Die Schutztruppe für Südwestafrika wird am 10. Juni bedeutend verstärkt. Zum Uebertritt in dieselbe scheiden insgesamt zwölf Offiziere und zwei Militärärzte aus der Armee aus.

Wie verlautet, hat die preussische Justizverwaltung in Folge gewisser Gerichtsverhandlungen der jüngsten Zeit den Versuch gemacht, in die gegenwärtig der Verathung des Bundesraths unterliegende Umgestaltung des Gerichtsverfassungsgesetzes eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Geschäftsvertheilung und die Bildung der Senate und Strafkammern der bisherigen Beschlußfassung des Landgerichtspräsidentiums entzogen und der Landesjustizverwaltung übertragen werden sollten. Dieser Versuch begegnete indessen schon im Schoße des Bundesraths einem so lebhaften und vielfeitigen Widerstande, daß er schon jetzt als gescheitert angesehen werden kann. Es wurde zwar nicht verkannt, daß es in einzelnen Fällen wünschenswerth wäre, wenn dem Chef der Justizverwaltung ein Einfluß auf die Veränderungen und Befehungen innerhalb der Strafkammern zustünde. Aber man befürchtete, namentlich von süddeutscher Seite, daß darunter die Unabhängigkeit des Richterstandes, die unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müßte, eine Einbuße erleiden könnte. Dieser Gefahr gegenüber glaubt man von der preussischerseits vorgeschlagenen Aenderung um so eher Abstand nehmen zu können, als es sich schließlich doch nur um vereinzelte Fälle handelt und man im Allgemeinen die Zuversicht hegen darf, daß Uebelstände dieser Art auch seitens der Landgerichtspräsidenten in der Regel baldigt beseitigt werden würden. Es ist übrigens anzunehmen, daß auch der Reichstag diese Aenderung, falls sie bis vor sein Forum gebracht worden wäre, mit großer Mehrheit abgelehnt hätte.

Wie die „Post“ zuverlässig hört, wird Geh. Rath Binder auf seinen Wunsch von der Redaktion der „Nordd. Allg. Z.“ zurücktreten und die Leitung der Norddeutschen Verlagsanstalt niederlegen.

**Italien.** Wieder eine Ministerkrise! Diesmal ist nun Italien an der Reihe, das glückliche Land der Gluthorangen und des permanenten Deficits, und da die Meldung fast unmittelbar nach einem Abstimmungsstiege Crispis in der Kammer erfolgt, wirkt sie einigermaßen überraschend. Man wird aber kaum sehlgehen, wenn man in diesem Falle einen taciturnen Ruckgriff des alten und gewiegten leitenden Staatsmannes Italiens erblickt, der lediglich darauf berechnet ist, eine nachdrucksvolle Ueberraschung hervorzurufen und Crispis als den unter den gegenwärtigen Umständen einzig fähigen und möglichen Mann mit erhöhtem Glanze und mit gesteigtem Ansehen wieder in seine Stellung zurückzuführen. Aus